SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Zuspitzung im Kosovo im Schatten der Irak-Krise

Franz-Lothar Altmann / Dušan Reljić

Im Kosovo ist eine neue Eskalation im Gange, während die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft und vor allem der USA auf die Irak-Krise gerichtet ist. Immer öfter werden Anschläge verübt, hinter denen offenbar eine neue bewaffnete Untergrundorganisation steht, die Albanische Nationalarmee (AKSh), die für ein Großalbanien kämpft. Zur gleichen Zeit haben die wichtigsten politischen Akteure gewagte Vorstöße unternommen, um sich besser für die erwartete Auseinandersetzung über den endgültigen Status der Provinz zu positionieren. Die Europäische Union steht nun vor der Herausforderung, das brisanteste Problem auf dem Westbalkan zügig zu entschärfen, ohne dabei im gleichen Maße wie früher auf das Engagement Washingtons zählen zu können. Die Ermordung des serbischen Premierministers Đinđić beraubt sie allerdings ihres wichtigsten Gesprächspartners auf Belgrader Seite.

Am 8. März 2003 fand in Prishtina (serb. Priština, alb. Prishtinë) eine Zeremonie zum einjährigen Bestehen der offiziell anerkannten Regierung des Kosovo statt, an der auch Vertreter der Internationalen Gemeinschaft teilnahmen. Einen Tag zuvor gab die zivile (Protektorats-) Verwaltung des Kosovo (UNMIK) bekannt, daß ein Koordinierungsrat für die schrittweise Übergabe »substantieller Verantwortlichkeiten [von UNMIK] an die Institutionen der Provisorischen Selbst-Regierung [offizielle Bezeichnung der Kosovo-Regierung]« eingerichtet wurde, dem UNMIK-Chef Michael Steiner und Kosovo-Premier Bajram Rexhepi gemeinsam vorsitzen. Beide Ereignisse scheinen zunächst auf eine stabilisierte Lage im Kosovo und auf zunehmende Normalität hinzudeuten. Tatsächlich ist es aber in den letzten Wochen zu einer Reihe von Entwicklungen im und um das Kosovo gekommen, die Anlaß zur Besorgnis geben.

Standards vor Status?

Mitte März hätten in Prishtina zum ersten Mal seit Einführung der UN-Verwaltung im Kosovo im Sommer 1999 direkte politische Verhandlungen zwischen den Kosovo-Albanern und Vertretern der serbischen Regierung stattfinden sollen. Anfang März hatte der UN-Sonderbeauftragte Steiner den serbischen Ministerpräsidenten Zoran Đinđić und seinen Stellvertreter Nebojša Čović, den Koordinator für die Belgrader Kosovo-Politik, zu Gesprächen über tech-

nische Probleme (Energieversorgung, Verkehr, Telekommunikation, usw.) eingeladen. Dieser Vorstoß sollte offenbar die politische und atmosphärische Grundlage für spätere Status-Verhandlungen schaffen. In Belgrad wurde das Angebot zwar prinzipiell begrüßt, aber sofort eine Erweiterung des Themenkreises auf die empfindlichsten Bereiche (Wiederkehr der 230 000 Flüchtlinge, Dezentralisierung, usw.) verlangt. Die UNMIK lehnt die Behandlung dieser Themen als verfrüht ab. Ungeachtet dessen entschied sich Belgrad, Sozialministerin Gordana Matković als Delegationsleiterin zu entsenden, mit dem Mandat, nach »Möglichkeit die Erweiterung der Themen« zu erreichen.

Steiner hatte in den letzten Monaten prononcierter als je zuvor eine Richtung für die weitere Politik des Westens im Kosovo festgelegt. So schloß er in seiner Ansprache an der Humboldt-Universität in Berlin am 12. November 2002 die Unabhängigkeit des Kosovo ausdrücklich nicht aus. In späteren Einlassungen begegnete er den immer dringlicher werdenden Forderungen der kosovo-albanischen Seite nach Unabhängigkeit mit dem Versprechen, die UN-Mission werde bis Jahresende alle Befugnisse mit Ausnahme des Minderheitenschutzes, der Sicherheit und der Außenpolitik auf die lokalen Institutionen übertragen. Allerdings hat er aber auch unmißverständlich klargestellt, daß die wichtigsten Standards – Rechtssicherheit, Flüchtlingsrückkehr und Minderheitenschutz – gesichert sein müßten, bevor über einen endgültigen Status des Kosovo gesprochen werden könne.

Dadurch hat Steiner, wenige Wochen vor seinem Abgang aus dem Kosovo, beide Seiten gegen sich aufgebracht. In Belgrad wurden seine Erklärungen als Ausdruck der Bereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft verstanden, allmählich und stillschweigend die Grundlagen für die Unabhängigkeit des Kosovo zu schaffen. Der kosovo-albanischen Seite hingegen ist die Perspektive »Standards vor Status« zu wenig, da sie keinen Zeithorizont für die Unabhängigkeit beinhaltet.

Im Januar 2003 hatte nun Đindić die Initiative an sich gezogen, indem er den baldigen Beginn der Gespräche über den endgültigen Status des Kosovo verlangte und die Option einer Teilung der Provinz ins Gespräch brachte. In Prishtina reagierten die kosovo-albanischen politischen Führer mit neuen Forderungen nach zügiger Gewährung der Unabhängigkeit, die sie vor allem mit Hilfe der USA durchsetzen wollen. In Belgrad setzt man hingegen darauf, daß die EU nicht von der UN-Resolution 1244 zum Kosovo abweichen wird, und verdächtigt Washington, letztlich doch die Unabhängigkeit des Kosovo akzeptieren zu wollen.

Mit Schrecken wurden in Belgrad Berichte über neue Konferenzen amerikanischer Denkfabriken zur Kenntnis genommen, bei denen amerikanische Teilnehmer die Unabhängigkeit des Kosovo von als zu bevorzugende Option erörterten. Darüber hinaus haben der jetzige und der frühere Vorsitzende des Ausschusses für internationale Beziehungen des amerikanischen Repräsentantenhauses, der Demokrat Henry Hyde und der Republikaner Tom Lantos, am 7. Januar 2003 eine gemeinsame Resolution eingebracht, in der den USA empfohlen wird, die Unabhängigkeit des Kosovo zu unterstützen, sobald demokratische Institutionen konsolidiert sind. Obwohl eine solche Entschließung keine bindende Wirkung auf die amerikanische Regierungspolitik ausübt, spiegelt sie die Einstellung einer einflußreichen politischen Strömung in den USA wider. Die albanische Lobby in den USA kann auf prominente Verbündete zählen. So hat sich der ehemalige Präsidentschaftskandidat Robert Dole Ende 2002 als Ehrenbotschafter des Kosovo in den USA zur Verfügung gestellt; der Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, und der Vorsitzende des Senatsausschusses für internationale Beziehungen, Joseph Biden, traten 2002 bei großangelegten Veranstaltungen der albanischen Lobby (Diaspora) in den USA auf.

Neuere Entwicklungen im Kosovo und seinem Umfeld

Die Gesamtsituation stellt sich in der Kosovo-Frage deshalb so kompliziert dar, weil auf vier zunächst getrennten Politikfeldern neue Entwicklungen ablaufen, die zusammengenommen eine umfassende Konfliktlage um das Kosovo erzeugen.

Kosovo

Das im November 2001 erstmals offiziell gewählte Parlament und die daraus hervorgegangene Kosovo-Regierung haben nach schwierigen Anläufen schrittweise unter dem UNMIK-Protektorat Aufgaben der Selbstverwaltung übernommen und versuchen jetzt, dies als unzweideutigen Weg in die Selbständigkeit zu deklarieren. Daß die UNMIK zur gleichen Zeit bemüht ist, Nord-Mitrovicas Quasi-Souveränität aufzulösen und die vorwiegend serbisch besiedelte Region Nordost-Kosovo in das gesamtkosovarische Verwaltungsnetz einzubinden, hat Belgrad beunruhigt, weil es immer mehr auf eine Teilung des Kosovo setzt. Seit Mitte des Jahres 2002 versucht zudem die UNMIK, über die Kosovo-Treuhandagentur die noch im »gesellschaftlichen« Eigentum befindlichen Betriebe zu privatisieren. Auch darin sieht Belgrad eine Benachteiligung serbischer Interessen.

Im Kosovo selbst spitzt sich die Konfrontation um die Vormacht zwischen den »gemäßigten« Kräften um Kosovo-Präsident Ibrahim Rugova und den »radikalen« Kräften um Hashim Thaçi zu. Thaçi, der frühere Chef der Kosovo-Untergrundarmee UÇK, wird wiederum von seinem ehemaligen Mitkämpfer bedrängt, dem noch radikaleren Vorsitzenden der Allianz für die Zukunft des Kosovo, Ramush Haradinaj. Sie alle sind von der neuen Untergrundorganisation AKSh bedroht, die mit Gewalt ein Großalbanien durchsetzen möchte. Wie der italienische KFOR-Befehlshaber, General Fabio Mini, am 25. Februar 2003 dem »Corriere della Sera« erklärte, waren von den 28 bei Attentaten in den vergangenen Monaten umgekommenen Personen im Kosovo 20 Anhänger von Rugova. Er fügte hinzu, daß die Haager Chefanklägerin Carla del Ponte neben den schon verhafteten ehemaligen UÇK-Kämpfern Anklage gegen weitere zehn ehemalige UÇK-Kommandeure vorbereitet habe. Es ist anzunehmen, daß Thaçi und Haradinaj selbst zu dieser Gruppe gehören. Rugova sieht hier einen Nutzen für sich: Er bezeichnete die Verhaftung und Überführung der ersten ehemaligen UÇK-Kommandeure als »Sache des Haager Tribunals« und Ausdruck der langsam auch im Kosovo einkehrenden »Rechtsstaatlichkeit«. Den radikalen Kräften dagegen läuft die Zeit davon. Die Attentate sind ein Indiz dafür, daß sie auf eine Verschärfung der Situation im Kosovo abzielen und auch über eine Eskalation an den Grenzen zu Südserbien und Makedonien die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von sich ablenken könnten, wenn diese sich zunächst mit den aktuellen Gewalttätigkeiten befassen muß, anstatt sich weiter und zunehmend um die in der Vergangenheit begangenen Kriegsverbrechen zu kümmern.

Makedonien und Südserbien

Seit einigen Wochen werden vermehrte Umtriebe der Albanischen Nationalarmee (alb. Abkürzung AKSh: Armata Kombëtare Shqiptare) gemeldet, die als militärischer Arm der Front für die Nationale Vereinigung der Albaner (alb. Abkürzung FBKSh: Fronti për Bashkim Kombëtar Shqiptar) in Makedonien und Südserbien (Preševo-Tal) Anschläge auf makedonische und serbische Einrichtungen verübt. In Struga, Westmakedonien, wurde ein Gerichtsgebäude Ziel eines Anschlags, und am 23. Februar 2003 tötete eine Landmine in der Gemeinde Bujanovac, Südserbien, einen serbischen Polizisten und verwundete zwei weitere. Die AKSh übernahm in beiden Fällen die Verantwortung. Am 1. März 2003 wurde in unmittelbarer Nähe der Polizeistation und der Grundschule von Bujanovac eine 2,5-Kilo-Bombe entschärft. Am 4. März wurden zwei polnische Militärangehörige

getötet, als ihr Fahrzeug in der Nähe von Tetovo (Makedonien) über eine Mine fuhr. Eine größere militärische Offensive hat die AKSh für das Frühjahr angekündigt. Offizielle Sprecher von UNMIK, KFOR und der makedonischen Regierung spielen die Bedeutung der AKSh herunter mit dem Argument, es gebe keine wirklichen militärischen Strukturen, es handle sich um kriminelle Banden. Auch Tirana sieht in der AKSh in erster Linie ein lokal begrenztes Problem der in Südserbien und Madedonien lebenden Albaner, das nach Meinung von Verteidigungsminister Pandeli Majko allerdings seinen Ursprung im Kosovo habe. Am 9. März verweigerte Albanien dem politischen Führer von FBKSH und AKSh, Gafur Adili, die Einreise, als dieser, ausgestattet mit einem Schweizer Paß, an Bord einer Schweizer Linienmaschine in Tirana landete. Es wird auch berichtet, daß sich bereits die Innen- und Verteidigungsminister Albaniens und Makedoniens getroffen haben sollen, um das AKSh-Problem zu erörtern. Belgrad sieht die Gefahr großalbanischer Bestrebungen bestätigt, die nicht nur das ganze Kosovo einschließen, sondern auch das Preševo-Tal mit seiner mehrheitlich albanischen Bevölkerung. (Vgl. hierzu die auf der letzten Seite beigefügte Karte. Sie zeigt die von der AKSh für ein Großalbanien beanspruchten mehrheitlich albanisch besiedelten Gebiete außerhalb Albaniens und des Kosovo – die Bezeichnung Großalbanien wird von den Albanern sorgsam gemieden, man spricht vielmehr von »Historical Ethnic Albania«.)

Der neue Staatenbund Serbien-Montenegro

Die Festlegung in der Präambel zur Verfassungscharta für den neuen Staatenbund, das Kosovo sei Bestandteil Serbiens, hat in Prishtina erwartungsgemäß helle Empörung und entsprechende Gegenreaktionen ausgelöst. Die EU als Pate des neuen Staatenbundes wird beschuldigt, mit der Billigung dieser Formulierung dem gerechtfertigten Anspruch des Kosovo auf Selbständigkeit bewußt entgegenzuwirken. Politiker in Prishtina suchen daher verstärkt Rückendeckung bei den USA in der (u.U. berechtigten) Hoffnung, dort mehr Verständnis für ihren Souveränitätsanspruch zu finden. Man glaubt zu erkennen, daß die USA in diesen Tagen Balkanproblemen nicht mehr vorrangige Aufmerksamkeit schenken und eher als die EU bereit sein könnten, den Unabhängigkeitsbestrebungen der Kosovo-Albaner nachzugeben. Aus demselben Grund hat auch der montenegrinische Ministerpräsident Milo Đukanović die USA wieder als besten Freund Montenegros entdeckt. Folgerichtig unterstützt Podgorica das US-Vorgehen gegenüber dem Irak, während Belgrad eine Intervention ablehnt. Gleichzeitig versucht Belgrad, Moskau wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen, wenn der Vorsitzende des Belgrader Koordinierungszentrums für das Kosovo, Rußland bittet, sein Truppenkontingent im Kosovo aufzustocken.

Serbiens Innenpolitik

In Serbien selbst war Ministerpräsident Đinđić in die Offensive gegangen, um die »herrenlos« gewordenen Stimmen des nationalistischen Extremisten Vojislav Šešelj für sich zu gewinnen. Šešelj ist am 24. Februar 2003 freiwillig nach Den Haag gefahren, um sich dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal zu stellen. Er erhofft sich davon für seine Verhandlung eine bessere Ausgangsposition, gleichzeitig aber auch – in möglicher Selbstüberschätzung – von einem großen Auftritt in Den Haag eine Gelegenheit, die serbische Sache positiv darzulegen. Đinđić wollte Šešeljs Wählerpotential einfangen, bevor der ins Abseits geratene ehemalige jugoslawische Bundespräsident Vojislav Koštunica politisch neu Fuß fassen und die nationalistischen Stimmen an sich binden kann. Seit seiner Abdankung Anfang März 2002 ist Koštunica nur noch Vorsitzender der Demokratischen Partei Serbiens. Đinđić suchte den Zuspruch aus dem nationalistischen

Lager, weil seine bisherige Basis unter den pro-europäischen und liberalen Wählern im DOS-Bündnis bröckelt, die in der neuen Partei G17 Plus eher ihre Interessen vertreten sehen. Während es bisher den Anschein hatte, als ob Belgrad die Kosovo-Frage als lästig empfinde und angesichts der drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme Serbien als zweitrangig betrachte, erklärte nunmehr Đinđić plötzlich, die Kosovo-Frage sei für ihn die Nummer eins unter den staatlichen Prioritäten: »Der Status des Kosovo ist auch der Status von Serbien. Wir können die Staatsbildung Serbiens nicht abschließen, solange wir nicht den Status von Kosovo und Metohija kennen«, sagte er in einem Interview für »Večerne Novosti« am 7. März.

Eine Teilung des Kosovo?

Anfang Februar hatte Đinđić in einem Brief an den Oberbefehlshaber der NATO für Südosteuropa die Stationierung von 1000 Mann serbischer Sicherheitskräfte im Kosovo gefordert, was der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats durchaus nicht widerspricht (»...an agreed number of Yugoslav and Serb military and police personnel will be permitted to return to Kosovo...«). In einem Interview in der Londoner »Times« vom 22. Februar 2003 beklagte er, daß die internationale Staatengemeinschaft freiwillig immer mehr Souveränität an das albanisch dominierte Parlament in Prishtina abtrete. Dies werde dazu führen, daß bei den Parlamentswahlen in Serbien 2004 nationalistische Kräfte die Kosovo-Frage dazu benützen könnten, die Macht in Serbien zurückzugewinnen.

Am 27. Februar 2003 hatte Đinđić in einem Interview mit »Vesti«, einer in Frankfurt am Main erscheinenden Tageszeitung der serbischen Diaspora, präzisiert, daß es sein ausdrückliches Ziel sei, eine politische Krisensituation um das Kosovo herbeizuführen, weil die »internationale Gemeinschaft sich nur jenen Situationen zuwendet, wo es brennt«. Der Premier hatte die »Föderalisierung des Kosovo in zwei ethnische Gemeinschaften angeboten, eine serbische und eine albanische, mit gleichen Rechten« ... »Serbien sei bereit, ein Kosovo mit einem Status zu akzeptieren, der mehr wäre als die Autonomie, aber weniger als eine föderale Einheit [d.h. eine dritte Einheit im neuen Staatenbund, d.A.] wie Serbien oder Montenegro«, sagte Đinđić. Am 7. März erklärte er dem auflagestarken Belgrader Blatt »Večernje Novosti«: »Wir werden eine formelle oder faktische Unabhängigkeit des Kosovo nicht hinnehmen.« Er bezeichnete zugleich die Vorstellung einer multiethnischen Gesellschaft im Kosovo als »große Illusion«, da es so etwas nie gegeben habe, sondern allenfalls »ethnische Koexistenz«. Đinđić fügte hinzu, daß er mit seinen Initiativen auch dem Risiko zuvorkommen wolle, daß Kosovo und Serbien im Verlauf der Irak-Krise als Bauernopfer mißbraucht werden, um der islamischen und arabischen Welt zu zeigen, daß der Westen nicht insgesamt gegen sie ist. Belgrad werde auch die Unterstützung Rußlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat suchen, um Versuche zu vereiteln, Serbien ein faktisch unabhängiges Kosovo im Rahmen formell unveränderter Grenzen zu präsentieren.

Am 26. Februar 2003 nahm die sogenannte Versammlung der serbischen Gemeinden und Gemeindeeinheiten in Kosovo und Metohija bei einem Treffen in Kosovska Mitrovica eine »Deklaration über die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens und der staatlichen Gemeinschaft Serbiens und Montenegros« an. Die 300 anwesenden Delegierten, darunter alle serbischen Abgeordneten im Parlament des Kosovo, kündigten in diesem Dokument an, mit »allen verfügbaren Mitteln« die territoriale Integrität Serbiens [unter Einschluß des Kosovo] verteidigen zu wollen. Insbesondere wurde vor dem Versuch der Herstellung »eines zweiten albanischen Staates auf dem Balkan« gewarnt. Rada Trajković, Abgeordnete der serbischen Koalition Povratak (Wiederkehr) im Parlament zu Prishtina, hatte auch angekündigt, die Vertreter der serbischen Bezirke und Siedlungen im Nord-

Kosovo würden ein eigenes Parlament und eigene Verwaltungsinstitutionen bilden, eventuell sogar einen eigenen Präsidenten für die serbischen Gemeinden wählen.

Albanischsprachige Zeitungen in Prishtina kritisierten umgehend die Gründung eines serbischen »Mini-Staates« im Kosovo, und das albanisch dominierte Parlament in Prishtina nahm am 27. Februar eine Deklaration an, in der die Entscheidungen der serbischen Versammlung für nichtig erklärt wurden. Der Vorgang wurde auch von den USA und Albanien abgelehnt und verurteilt.

Der Teilungsvorschlag aus Belgrad bricht das Tabu neuer Grenzziehung insofern, als jetzt die Kosovo-Albaner den Anschluß des Preševo-Tals (von den Albanern ohnehin Ost-Kosovo genannt) ungehemmt fordern könnten, und der radikale Flügel der makedonischen Albaner den Anschluß des nordwestlichen Streifens Makedoniens an das Kosovo sowie eventuell dann an Albanien selbst. Đinđić hatte daraufhin nicht mehr ausgeschlossen, daß dann auch das Dayton-Abkommen über Bosnien-Herzegowina einer Revision bedürfe. Das Ergebnis könnte ein Auseinanderbrechen Bosnien-Herzegowinas bedeuten, indem sich die Republika Srpska an Serbien und andere westliche Gebiete an Kroatien anschließen könnten.

UNMIK-Chef Steiner hatte daher auch die Äußerungen Đinđićs scharf zurückgewiesen: »Das Kosovo darf nicht für die innenpolitischen Probleme Serbiens benützt werden!« Es gelte weiterhin die Forderung »Standards vor Status«, im übrigen wäre eine wichtige Voraussetzung für die Lösung der Statusfrage der Beginn von Verhandlungen zwischen Prishtina und Belgrad. Auch der montenegrinische Außenminister Dragiša Burzan hatte die Initiative Đinđićs als voreilig und gedankenlos zurückgewiesen, denn sie sei im falschen Augenblick erfolgt.

Sogar im eigenen Land war Erstaunen geäußert worden. Koštunica bezeichnete den Vorstoß Đinđićs als »verantwortungslos«. Nenad Čanak, Vojvodinas Parlamentsvorsitzender, erklärte, die Idee einer Teilung des Kosovo würde unweigerlich auch das Thema einer Teilung der Vojvodina aufwerfen.

Ausblick

Die Ermordung des serbischen Premierministers kann nicht nur für die innenpolitische Lage in Serbien weitreichende Folgen zeitigen. Sie dürfte zunächst ein Einfrieren der beabsichtigten Gespräche zwischen Belgrad und Prishtina bewirken, da wichtigere Positions- und Machtkämpfe anstehen. Diejenigen, die ohnehin in Đinđićs Vorstoß einen Verrat an der serbischen Sache sahen, werden aufatmen und die Hoffnung auf einen weniger verhandlungsbereiten Nachfolger im Amt des serbischen Premierministers setzen. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß die Haltung zur Kosovo-Frage bei den Positionierungen möglicher Kandidaten und der hinter ihnen stehenden Parteien insofern eine Rolle spielt, als man versucht sein könnte, sich in der Härte der Kosovo-Standpunkte gegenseitig zu überbieten.

Eine bislang unbekannte Größe könnte ausschlaggebend dafür sein, welchen Ausgang die jetzige Zuspitzung im Kosovo erfährt. Sollte die neu aufgetretene Untergrundbewegung AKSh ausreichend Unterstützung von der albanischen Bevölkerung erhalten, die von den mangelnden Erfolgen der etablierten Parteien zunehmend enttäuscht ist, könnte sie Rugova und die anderen gemäßigten albanischen Politiker in Bedrängnis bringen und zur Radikalisierung verleiten. Es ist auch nicht auszuschließen, daß die AKSh versucht, das gegenwärtige Vakuum im politischen Belgrad auszunützen und durch intensivierte Aktionen die Lage im und um das Kosovo zuzuspitzen. Sollte zudem Belgrad wirklich versuchen, wie angekündigt, im Preševo-Tal eine »Null-Toleranz«-Haltung gegenüber Provokationen der AKSh durchzusetzen, wird das Ergebnis unweigerlich mehr Spannung und mehr Gewalt sein. KFOR und UNMIK sehen sich dann mit dem Risiko konfrontiert, daß durch ein entschie-

deneres Vorgehen gegen die AKSH die ohnehin zunehmend ablehnende Haltung der albanischen Bevölkerung in offene Feindschaft umschlägt.

Andererseits könnte die von Steiner und Đinđić neu entfachte politische Dynamik auch zum Ausweg aus der Sackgasse führen, in der sich das Kosovo seit Einführung des UN-Protektorats 1999 befindet. Die Voraussetzung dafür ist, daß sich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU des heißen Eisens schneller und intensiver annimmt als bisher vorgesehen. Die Ermordung des serbischen Premiers nimmt zwar im Moment der von Belgrad angefachten Diskussion den Schwung und die Dringlichkeit, doch wird die Belgrader Lähmung nicht von allzu langer Dauer sein.

Der Außenpolitische Beauftragte der EU, Javier Solana, sollte deshalb eine Expertengruppe einrichten, die die bisher erarbeiteten Vorschläge, auch aus den USA, zur Lösung des Kosovo-Problems berücksichtigt. Daß die Zeit grundsätzlich drängt, ergibt sich auch daraus, daß in drei Jahren, nach den vorgesehenen Referenden in beiden Teilen des neuen Staatenbundes Serbien und Montenegro die voraussichtlich endgültige Trennung erfolgt: Damit entfiele die letzte Möglichkeit, beispielsweise das Kosovo vorher noch als dritte Einheit in den neuen Staatenbund einzubringen – mit der Option, nach dessen Auflösung einen Zweierbund Serbien–Kosovo aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grunde sollte die EU mit den Mitteln der stillen Diplomatie umgehend die Vertreter der Spitzenpolitik in Belgrad und Prishtina an einen gemeinsamen Tisch bringen. Großangekündigte Verhandlungen in aller Öffentlichkeit sind, bei der derzeitigen Aufwallung im Kosovo, wenig dazu geeignet, die Konfliktparteien zu Flexibilität und Kompromissen zu überreden. Den Beteiligten in Prishtina, Mitrovica und Belgrad muß aber deutlich gesagt werden, daß die von allen Seiten so intensiv geforderte und von der EU auch durchaus angebotene EU-Perspektive nur dann als realistisch angesehen werden kann, wenn vorher eine politische Lösung gefunden wurde. Damit sollen einseitige Versuche zur Schaffung vollendeter Tatsachen ausgeschlossen werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Das »Historisch-ethnische Albanien«

Quelle: Web-site der Albanischen Nationalarmee AKSh (Armata Kombëtare Shqiptare) und der Front für die Nationale Vereinigung der Albaner FBKSh (Fronti për Bashkim Kombëtar Shqiptar); www.aksh.org.